

**Protokoll**  
**der 146. Sitzung des Fakultätsrats**  
**der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**Mittwoch, den 01.06.2022**

**Antrag der Stud. Mitglieder: Für die deutliche Erhöhung der Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Soziales, Gesundheit und Kultur statt 100 Milliarden für Aufrüstung und militärischen Machtwillen – Beschluss**

„Die Universität hat erheblichen Finanzbedarf: Die jahrelange Kürzungspolitik spitzt sich bis 2024 weiter zu, wodurch bereits jetzt Studienprogramme, wie der internationale Master Kriminologie oder der Schwerpunkt Rechtswissenschaft in der Sozialökonomie, in Frage stehen. Die derzeitige Finanzplanung kompensiert nicht einmal die vorhersehbaren Kostensteigerungen durch Personalkosten und zwingt die Fachbereiche wissenschaftliche Mitarbeiterstellen zu kürzen. Darunter leiden Forschung, die Qualität der Lehre und das Engagement zur Realisierung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs).

Vor diesem Hintergrund und angesichts der geplanten Staatsausgaben in Milliardenhöhe für die Bundeswehr bekräftigt der Fakultätsrat seine Resolution vom 29.9.21 (siehe Anlage) und fordert den Senat und die Bürgerschaft der FHH dazu auf, den Kurs der staatlichen Haushaltspolitik grundlegend zu ändern. Die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Soziales, Gesundheit, Kultur und öffentliche Infrastruktur sind erheblich zu erhöhen.“